

A series of colorful, overlapping lines in blue, orange, green, and red flow from the left side of the page towards the center, framing the main title and the GEW logo below it.

Bildung. Weiter denken!

A smaller version of the GEW logo, consisting of the letters 'GEW' in white on a red slanted background, positioned to the right of the horizontal lines.

GEW

Beschlüsse

des 28. Gewerkschaftstages der GEW
vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

Beschluss des 28. Gewerkschaftstages der GEW vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

1.5 Aktiv gegen Rechts

1. Rechtspopulistische Gruppierungen und andere Organisationen der extremen Rechten vertreten nicht nur eine extrem reaktionäre, rechte Politik und bedienen und befeuern in ihrem politischen Handeln gefährliche Ressentiments, sie stehen auch programmatisch sämtlichen Zielen und Aufgaben der GEW diametral entgegen. Mit Gruppierungen, die die Gleichheit aller Menschen bestreiten, kann man nicht in den Dialog treten, sondern man muss ganz klar Gegenpositionen beziehen. Das ist Aufgabe der Gewerkschaften und auch der GEW. Die GEW tritt für Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit sowie unveräußerliche Menschenrechte ein (§ 6.4 GEW-Satzung).

In der Auseinandersetzung mit rechter Ideologie, Politik und Praxis verteidigt die GEW offensiv Werte, die sie als Gewerkschaft und Bildungsgewerkschaft auszeichnen: Solidarität, Demokratie, Gleichheit der Bildungschancen, gleiche Möglichkeiten der aktiven Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft für alle. Sie tritt ein für Antifaschismus, Antinationalismus, Antimilitarismus und kämpft u. a. gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus, Anti-Genderismus, Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit.

Diese Positionen und Ziele der GEW stehen rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen der extremen Rechten unvereinbar gegenüber. Gruppierungen der extremen Rechten können nicht politische Gesprächspartner*innen der GEW sein. Die GEW nimmt die politische Auseinandersetzung mit den Positionen von Gruppierungen der extremen Rechten an, weil es notwendig ist, die freiheitliche, vielfältige, gleichberechtigte und offene demokratische Gesellschaft zu erhalten. Die Gewerkschaften sind Träger*innen der politischen Willensbildung und daher wesentliche zivilgesellschaftliche Akteur*innen.

2. Hetzpropaganda ist keine Meinungsäußerung – sie ist eine Form der Gewalt. Das öffentliche Auftreten für diskriminierende, rassistische, sexistische, frauen-, homo-, bi-, trans-, interfeindliche Einstellungen und Handlungen widerspricht den Grundwerten der GEW und steht den Prinzipien der GEW-Satzung entgegen. Die Landesverbände werden aufgerufen, Personen, die so agieren, zum Austritt aufzufordern und im Einzelfall zu prüfen, ob entsprechende oben genannte Ausschlussstatbestände vorliegen.

3. Ergebnis einer jahrzehntelangen Dominanz von Neoliberalismus und Entpolitisierung ist das Gefühl vieler Menschen, machtlos zu sein und keinen Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben. Gegen diese von oben vermittelte Machtlosigkeit müssen die Gewerkschaften Gegenmacht organisieren. Die GEW macht auch im Alltag deutlich: Wir lassen uns nicht spalten – unsere Alternative heißt Respekt und Solidarität.
4. Die GEW fördert die regelmäßig kritische Verständigung unter ihren Mitgliedern über politische Entwicklung nach rechts.
5. Die GEW unterstützt und fördert Veranstaltungen und Publikationen, die sich mit Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und der Neuen Rechten auseinandersetzen. Dabei arbeiten nach Möglichkeit GEW-Mitglieder aus mehreren Bildungsbereichen zusammen. Ziel der Veranstaltungen soll Aufklärung und die Erarbeitung von Gegenstrategien sein. Erfahrungen aus diesen Veranstaltungen und Publikationen werden gesammelt und aufbereitet. Die GEW problematisiert darüber hinaus Anknüpfungspunkte für Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und Neue Rechte in Theorien verschiedener Wissenschaftsgebiete und fördert die Auseinandersetzung mit den politischen Aspekten dieser Theorien.
6. Die GEW arbeitet zur Erreichung dieser Ziele solidarisch zusammen
 - mit anderen Gewerkschaften,
 - mit den Gremien der akademischen Selbstverwaltung an den Hochschulen,
 - mit Beschäftigten-, Auszubildenden-, Schüler- und Schülerinnen- sowie Studierendenvertretungen,
 - mit interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Bildungseinrichtungen,
 - mit Bildungsträgern, die in der Arbeit gegen Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und Neue Rechte profiliert sind,
 - mit antifaschistischen Organisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft.